

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 8.

Sonntag, 20. Januar.

1878.

Ein Steuerprojekt.

Bekannt ist, daß die Annäherung Bismarck's an die Rationalliberalen hauptsächlich auf das Durchdringen verschiedener indirekter Steuern im Reichstage hinzielt. In allen anderen Punkten waren die Liberalen ja derart willig, daß der Reichskanzler keinen Wunsch mehr übrig haben kann.

Bei den Steuererhöhungen, oder bei neuen Steuern liegt die Sache des Volkes halber doch etwas anders. Der deutsche Reich läßt sich ganz gemüthlich allerlei Freiheitspielsäckelchen rauben, er läßt sich auch zur Abwechslung einmal mit allerlei Ketten belasten und da er gewöhnlich schläft, fühlt er das kaum, aber wenn es ihm an den Geldbeutel geht, oder wenn der materielle Genuß ihm verkümmert werden soll, dann kann er plötzlich recht wach werden. Deshalb besinnen sich auch die Herren Rationalliberalen so lange, ob sie eine Erhöhung der Tabaksteuer, der Bier- und Branntweinsteuer, der Börsensteuer u. d. zugeben sollen, weil das Volk in solchen Sachen keinen Spaß versteht, und es der Partei, die zu solchen Maßnahmen ihre Hand hebt, bei den nächsten Wahlen doch wohl vergelten würde.

Aus diesen Gründen wollen die Verhandlungen Bismarck's mit den Rationalliberalen auch nicht so recht vorwärts schreiten, obwohl angenommen werden kann, daß auch jetzt schon mindestens 1/3 dieser Partei den Herrn v. Bismarck mit allen nur gewünschten Steuern beglücken würden.

Zu diesen letzteren gehört auch der früher radicale Professor Gneist, der immer mit einem Bein auf der Tribüne mit dem andern auf einer (idealen) Barrikade stand; er hat ein ordentliches Steuerprojekt entworfen, in welchem er das Volk saugen und ausaugen möchte.

In einer Rede, die er jüngst im preussischen Abgeordnetenhaus gehalten, und die er im Separatdruck unter dem Titel: „Die Steuerreform in Preußen“ hat erscheinen lassen, fährt der Professor zunächst den Unterschied zwischen Gemeinde, Staat und Reich vor und kommt dann zu dem Schlusse, daß die Gemeinde lediglich Realsteuern (Grund- und Gebäudesteuern), der Staat Personalsteuern (Kopfsteuer, Klassensteuer, Einkommensteuer) und das Reich lediglich Verbrauchssteuern (Salz, Tabaksteuern u. d. z.) erheben solle.

Vom Standpunkte eines Bismarck oder eines Mannes, der mit der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung im Allgemeinen recht zufrieden ist, läßt sich gegen ein solches System nichts besonderes einwenden, ja es kann sogar, da es sich auch an die verschiedenen Wahlmodus und Wahlrechte anlehnt, mit besonderer Genugthuung begrüßt werden, aber vom Standpunkte des Volkes aus betrachtet, bedeutet dasselbe nicht allein eine ganz raffinierte Ausbeutungsmethode, sondern auch ein Mittel, im Scheine des Rechts die Mitarbeit des Volkes an der Gesetzgebung wesentlich zu beschränken.

Wenn die Gemeinde eine von den andern Steuern völlig getrennte Steuer erhebt, wenn dies der Staat gleichfalls thut und ebenfalls das Reich, wenn alle drei ihre Bedürfnisse reichlich decken wollen, so braucht kein einziger dieser Faktoren danach zu fragen, ob die Bevölkerung auch die Steuerlast deshalb ertragen könne, weil sie schon von einem andern Faktor überlastet sei. Jeder Faktor ist souverän im Steuererheben und außer der Gemeinde, die sich drücken würde, würde solche Souveränität durch das schärfste Andrehen der Steuerkränze schon zur Geltung kommen.

Aber auch das Volk, das arbeitende, das ärmere Volk würde unter solchem System besonders zu leiden haben. Die Gemeindevertretungen sind ja bekanntlich durchweg aus Besitzenden zusammengesetzt, diese, welche die Steuern allein für die Gemeinde zu zahlen haben würden, schränken die Bedürfnisse der Stadt- oder der Ortsverwaltung auf das Äußerste ein, um geringe Steuern zu zahlen; Stadtverschönerungen, gemeinnützige Anlagen u. d. z. würden aufhören. Dann aber auch könnten nur diejenigen Mitglieder der Gemeinde sich an der Gemeinderathswahl beteiligen und gewählt werden, welche Grund- und Boden oder ein Haus in der Gemeinde besitzen, da ja sie allein Gemeindesteuer entrichten. So hätten wir denn nach dem Gneist'schen Projekte eine unconfessionale, aber auch höchst egoistische Gemeinde, die in den Händen der Besitzer geringe Grund- und Häusersteuer aufbrächte, indem die Gemeindebedürfnisse so tief als möglich herabgedrückt würden. Die Aussicht des Staates würde an solchen Dingen wenig ändern können.

Die Personalsteuer, welche dem Staate lediglich zufallen soll, wird bekanntlich hauptsächlich in Form der Klassensteuer erhoben. Daß bei derselben, da dies direkte Steuererheben nicht progressiv ist, der kleine Mann am härtesten bestraft wird, ist längst bekannt. Durch Einführung dieses Systems erhielten die Klassenwahlen auch ihre Berechtigung, weil man sich nicht bei den Einzelstaaten bei der Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts mehr auf die indirekten Steuern berufen könnte. Wie die Steuer, so auch das Wahlrecht, würde es heißen: „Im Reich zählt das ganze Volk gleichmäßig Steuer, im Reich ist das Volk auch gleichmäßig wahlberechtigt.“

Ja im Reich, wo nur indirekte Steuern dann erhoben werden sollen, würde die Wahlberechtigung des Volkes bald überhaupt imaginär sein. Ein fester unverfälschter Einnahmeposten, die Verbrauchssteuern, für den Reichskanzler — ade, du Reichstag! Sind die Einnahmen ein für allemal bewilligt, werden sie, die einmal bewilligten, ohne besonderen Beschluß fort erhoben, wie es bei lediglich indirekten Steuern doch gar nicht anders geht, dann ist das Ausgabebewilligungsrecht illusorisch; bei einem Conflict kann sich jede Regierung darüber leicht fortsetzen, wie es seiner Zeit die preussische gethan hat — eine Indemnität ist bei irgend einer gut abgepaßten Gelegenheit gewiß. Was hilft dann das allgemeine gleiche Wahlrecht? Und gerade

das Volk, das arme Volk, würde für das Reich doch, wie es jetzt schon thut, aber in noch erhöhterem Maße die Hauptsteuerlast tragen; dafür allerdings wäre ein gleiches Wahlrecht zu einem völlig ohnmächtigen Reichstage doch sehr theuer erkauft.

Das Gneist'sche Steuerprojekt hätte also zunächst eine allgemeine Steuererhöhung zur Folge; dann die Befestigung der reaktionären Wahlsysteme in Gemeinde und Staat; ferner eine Verminderung der Gemeindeausgaben zu gemeinnützigen Zwecken; und zu guter Letzt die völlige Herrschaft des Bundesraths und die völlige Ohnmacht des Reichstags, aber dabei — und hierauf kommt es ja den Herren Gneist und Consorten lediglich an — die äußerste Zufriedenheit Bismarck's. — In seiner Rede sind übrigens dem Herrn Gneist einige hübsche Bekundnisse entzückt. Gneist will nämlich beweisen, daß es gut sei, wenn die Gemeindesteuern lediglich aus Realsteuern zusammengebracht werden, „da in sämtlichen Gemeindevertretungen der Grundbesitz die sichere Majorität hat und daher immer auch in einem unbewußten Zuge der Interessen in dieser Richtung beschließt“ und so die Klassen- und Einkommensteuer überbietet. Dieser Satz beweist zunächst, daß wir Recht haben, wenn wir behaupten, die Gemeindevertretungen würden, wenn die Steuer lediglich auf den Grund und Boden und die Häuser geschlagen, die nöthigen Ausgaben verweigern, um weniger Steuern zu zahlen und zwar aus dem „unbewußten Zuge der Interessen“, da man nicht annehmen kann, daß diese Bauern und Bäuerlein wissen, daß schließlich die Grundsteuer wie die Gebäudesteuer doch nur eine indirekte ist, die das Brod und Kartoffeln essende Volk und die Arbeiter endgültig aufzubringen haben; und wenn sie dies wissen, so müssen sie doch schon vorab in die Tasche fassen und klingende Münze direkt zahlen, die sie auf indirektem und nicht so sichtbarbarem Wege wiedererhalten — und schon das ist vermeintlich gegen ihr Interesse.

Dann beweist aber der obige Satz des Herrn Gneist, der doch gewiß für die Volksvertreter kein anderes menschliches Empfinden in Anspruch nimmt, als für die Gemeindevertreter, daß so gut wie die Gemeindevertretungen auch die Volksvertretungen in den Landtagen und im Reichstage „in einem unbewußten Zuge der Interessen immer beschließen“ und daß die von uns so oft betonte Klassengesetzgebung somit von einem der hervorragendsten Vertreter derselben laut und deutlich und zwar im preussischen Landtage anerkannt worden ist.

Gegen das Abwälzen der Communalsteuer auf die Klassen- und Einkommensteuerpflichtigen wendet sich Gneist aber noch in folgendem Satze:

„Jede Privatwirtschaft kommt in eine unsichere Lage, wenn jeder Einzelne bei den gegenwärtigen Gemeindebedürfnissen vom 1. bis 31. Dezember auf den Steuerzettel wartet und nicht weiß, ob er im nächsten Jahre 3 Prozent seines Einkommens an den Steuerempfänger abzugeben hat, oder 6, oder 9, oder 12 Proz. Es fehlt dabei der Maßstab zur Regulierung der Löhne, der Gehalte u. s. w., indem man von 9 bis 12 Prozent Abzüge schwankt, je nach dem wechselnden Bedürfnis des Ortes, dessen Wahl für die Mehrzahl der Menschen keine rein freiwillige ist. Wenn der Finanzminister einen Finanzplan vorlegt, bei dem es ganz von dem „wechselnden Jahresbedürfnis“ abhängen solle, ob eine Einkommensteuer von 3, 6 oder 9 Prozent erhoben werden solle, so würde keine Volksvertretung diesen Plan billigen.“

Weshalb würde keine Volksvertretung solchen Plan eines Finanzministers nach Gneist's Ansicht billigen? Weil die Volksvertretungen in ihrer weitaus großen Majorität aus Vertretern der Reichen bestehen und weil bei einem solchen Finanzplan es unmöglich wäre, „den Maßstab zur Regulierung der Löhne, der Gehalte u. d. z. zu erlangen, indem man die Lohnabzüge, Gehaltsabzüge nicht genau erweisen kann, um die ganze direkte Steuer von sich auf die Armen und Arbeiter abzuwälzen.“ — Das ist deutlich! Wir danken Ihnen für solche unumwundene Offenheit, Herr Gneist!

Zum Schlusse wollen wir noch bemerken, daß, wenn auch das ganze Gneist'sche System nicht Aussicht auf sofortige Einführung hat, so doch die Rationalliberalen jetzt bereit sind, und zwar berichtet dies die sehr gut unterrichtete „Kölnische Zeitung“, in die von Bismarck beantragte Erhöhung der Tabaksteuer einzuwilligen. Von da an bis zur völligen Herstellung des Gneist'schen Steuerprojekts ist nur ein kleiner Schritt.

Rede Freitag's

im sächsischen Landtag in der Sitzung vom 10. Januar. Etatsberatung. Position 28: Landes-Heil-, Straf- und Versorgung-Anstalten.

(Nach dem amtlichen stenographischen Bericht.)

Meine Herren! Ich beabsichtige, zu Pos. 28 im Allgemeinen zu sprechen; ich werde aber auf die von dem Herrn Abg. Roth angeregte Frage der Justizhausarbeit nicht näher eingehen, aus dem einfachen Grunde, weil mir zu wenig statistisches Material in dieser Richtung vorliegt und weil ich nicht gewöhnt bin, über Dinge zu sprechen, von welchen ich kein richtiges Verständnis habe. Im Uebrigen hat bereits der Herr Staatsminister erklärt, daß im Reichstage diese Angelegenheit zur Sprache kommen wird, und auch ich habe ja gehört, daß von Seiten der Abgeordneten des Reichstags Schritte gethan werden, um Anträge in dieser Richtung zu stellen; nicht aber Schritte gethan werden — um mit dem Herrn Abg. Roth zu sprechen — von „der systematischen Opposition“, sondern, wie man hört, von Seiten der Fortschrittspartei im Reichstage.

Es ist zu Pos. 28 und ein Auszug aus dem Berichte der

Staatsanwaltschaften: „die Verhältnisse der allgemeinen Criminalität im Königreiche Sachsen“, beigegeben worden. Im Verichte selbst haben wir im Anschlusse hieran Gutachten von den Vorständen der Verforganstalten, und es ist auch bereits in der Ersten Kammer über die Ursachen der wachsenden Criminalität in Sachsen gesprochen worden. Meine Herren! Laut des Auszugs sollen angeblich zwei Staatsanwälte die Vermehrung der Criminalität dem Sozialismus in die Schuhe geschoben haben — ich sage: „angeblich“, weil mir der Auszug doch zu cursorisch ist, um beurtheilen zu können, ob und inwiefern denn in der That das von den betreffenden Staatsanwälten geschehen ist. In der Ersten Kammer, meine Herren, hat man die Zunahme des Verbrechens wieder dem Liberalismus in die Schuhe geschoben. Meine Herren! Ich muß hier die Gelegenheit ergreifen, zu erklären, daß ich es für sehr verwerflich und eines politischen Charakters recht wenig würdig halte, wenn man Uebelstände, die in den Verhältnissen liegen, politischen Parteien in die Schuhe schieben will, wenn man aus den Verhältnissen, aus gewiß sehr traurigen Verhältnissen Material für seine eigene Partei dadurch schlagen will, daß man eben die anderen Parteien in dieser Weise — ich möchte fast sagen — in den Sumpf zieht. Die Ursachen, warum das Verbrechen in Sachsen zunimmt — und nicht bloß in Sachsen zunimmt, sondern gegenwärtig in der ganzen civilisirten Welt zunimmt — liegen eben, wie ich mir bereits erlaubt habe, zu sagen, in den Verhältnissen. Meine Herren! Ich komme kraft meiner Stellung sehr viel mit sogenannten Verbrechern, auch — um mich des Ausdruckes des Herrn Abg. Ademann zu bedienen — mit „Subjekten und Durstigen“ zusammen und glaube, mir ein Urtheil darüber anmaßen zu dürfen, wo denn eigentlich gewöhnlich die Ursache, wie ein Mensch zum Verbrecher wird, zu suchen ist.

Ich kann wohl behaupten, daß zwei Gründe da vorliegen. Einmal ist es häufig das Uebermaß an Reigung, verbunden mit dem Mangel an Urtheilskraft, an Charaktererziehung, an moralischer Bildung; dann aber, meine Herren, ist es noch häufiger der Mangel an Mitteln, um das gewöhnliche Maß an Reigungen zu befriedigen. Der Wohlstand, meine Herren, ist das beste Vorbeugemittel gegen Verbrechen, und Armut ist die ergiebigste Quelle derselben. In dieser Hinsicht ist es ja ganz zweifellos, daß unser heutiges Wirtschaftssystem die größte Schuld an der Erhöhung des Verbrechens trägt; das läßt sich aber in unserem heutigen Staate selbstverständlicher Weise nicht ändern, am allerwenigsten könnte unsere sächsische Gesetzgebung hierin Etwas thun. Wie unser Wirtschaftssystem einmal ist, so ist die notwendige Consequenz desselben, daß die Armen sich vermehren und daß der mittlere Wohlstand nach und nach verloren geht. Wenn sich hiergegen im Allgemeinen unter diesem System Nichts thun läßt, so möchte ich Sie doch auf einige Uebelstände aufmerksam machen, die theilweise ebenfalls mit unserem Industriesystem verbunden sind, die eine ganz erhebliche Quelle des vermehrten Verbrechens sind, und gegen welche allerdings die Gesetzgebung und auch unsere Landesgesetzgebung einschreiten könnte. Ich erwähne da namentlich die Frauenarbeit und die Kinderarbeit. Meine Herren! Es ist gegenwärtig bereits in manchen Industrieorten Sachsens so weit gekommen, daß die Frauen vollständig von früh an bis Abend in den Fabriken arbeiten mit den Kindern, während der Mann zu Hause brach liegt. Es hat sich das Verhältniß vollständig umgekehrt gegen früher: der Mann muß zu Hause die häuslichen Arbeiten verrichten und die Frau mit den weiblichen Kindern geht in die Spinnerei oder stellt sich an den Dampfwebstuhl. Wenn man aber bedenkt, daß die Arbeitszeit gewöhnlich von früh 6, 7 Uhr bis 12 Uhr und dann von 1 Uhr bis Abends 7 Uhr, manchmal auch bis 8 Uhr ist, wenn man bedenkt, daß die Frauen häufig entfernt von den Fabriken wohnen, so ist sofort ersichtlich, daß diese Frauen den schönsten Theil ihres Berufes, die Kindererziehung, nicht erfüllen können. Was ist die Folge davon? Die Kinder sind sich selbst überlassen, sie müssen verwildern. Damit in Verbindung steht wohl, daß häufig in Sachsen — oder ich will nicht sagen: häufig, aber doch an vielen Orten die Kinder im zartesten Alter in die Fabriken geschickt werden. Es ist zwar ein Gesetz vorhanden, daß Kinder unter dem 12. Jahre nicht in den Fabriken beschäftigt werden sollen; aber, meine Herren, dieses Gesetz wird an vielen Orten in der raffiniertesten Weise umgangen, wobei vielen Bedenken der Vorwurf nicht zu erwidern ist, daß sie ihre Pflicht nicht erfüllen. Man, wenn diese Kinder das Alter des Sonnenscheins, das Alter der Blumen bei der Fabrikarbeit erleben müssen, so müssen sie verwildern; sie kommen mit erwachsenen Leuten früh zusammen, müssen frühzeitig schon die Sorgen des Lebens kennen lernen. Sie lernen ebenso bereits die Bedürfnisse älterer Leute kennen und es ist dann selbstverständlich, daß aus solchen Kindern Männer mit Charakterbildung, die sie fähig macht, den später an sie kommenden Stürmen entgegenzutreten, nicht entstehen können. Das Schlimmste hierbei, ist aber das noch, daß namentlich der weibliche Theil mit solchen Arbeiten beschäftigt wird. Die Mädchen, wenn sie nicht bereits im Schulalter in den Fabriken beschäftigt sind und gefunden haben, werden im großen Ganzen unsehrbar mit vollendetem 14. Lebensjahre hinaus in die Welt geschickt, um zu arbeiten, um sich ihr Brod zu verdienen. Gesindedienste in guten Familien, das ist wohl ein Mittel zur Erziehung der Frauen und zur Erziehung der Mädchen; aber die sind nicht für Alle zu finden, unsere Fabrikbevölkerung ist auch bereits theilweise so heruntergekommen, daß nicht alle Mädchen zu Gesindediensten mehr fähig sind. Es ist auch zu bedenken, daß unser vorläufigliches Dienstbengesetz (Dho!) viele Mädchen abschreckt, in Gesindedienste sich zu begeben. Was ist nun die Folge davon, meine Herren? Die Mädchen kommen in die Fabriken, sie arbeiten von früh bis Abend und heirathen nach

mehreren Jahren. Was können solche Mädchen verstehen von Kindererziehung? Diese Mädchen haben gar keine Ahnung, gar keinen Begriff von den Pflichten einer Hausfrau. (Sehr wahr!) von den Pflichten einer Mutter, und so ist es gerade unser Industriesystem, welches die Heiligkeit der Ehe ganz wesentlich zerstört, die Heiligkeit der Ehe, welche man so häufig gegen den Sozialismus schätzen zu müssen glaubt. Meine Herren! Daran liegt der Mangel an Charakterbildung eines großen Theiles unserer Bevölkerung, und der Staatsregierung würde Jeder, ganz abgesehen von dem Parteistandpunkt, sehr dankbar sein, wenn sie in dieser Richtung kräftiger, als es bisher geschehen, eingreifen würde. (Sehr wahr! links.)

Meine Herren! Hiermit in Verbindung steht die Behandlung der jugendlichen Verbrecher, die Behandlung der verwahrlosten Kinder. Auch in dieser Richtung läßt sich hier viel thun. Gegenwärtig scheinen mir die Anstalten für jugendliche Verbrecher die Durchgangsstationen für den größten Theil der Verbrecher in Brandenburg und Waldheim, namentlich für die sogenannten rückfälligen Verbrecher zu sein.

Woran das liegt, weiß ich nicht. Es kann bei der Behandlung jugendlicher Verbrecher sehr viel geschadet werden. Es kann geschadet werden durch Ueberfütterung mit Religion, es werden sehr leicht Heuchler durch diese Ueberfütterung herangezogen. Es kann auch geschadet werden durch Ueberlastung mit zuviel Arbeit. Verstehen Sie mich recht, ich meine bei den jugendlichen Verbrechern. Die jugendlichen Verbrecher sollen in den Strafanstalten Lust zur Arbeit gewinnen, dann ist die Arbeit das beste erziehlige Element in den Strafanstalten. Durch zu viele Arbeit wird diese Lust zur Arbeit häufig nicht gewekt.

Meine Herren! Ich wiederhole es: ich kann in dieser Richtung der Verwaltung von Sachsenburg keine Vorwürfe machen. Ich habe gerade hinsichtlich dieser Anstalt zu wenig Erfahrung; aber ich kann Ihnen soviel versichern, daß ich bisher wenig Erfolg von Sachsenburg gesehen habe, daß ich sehr, sehr viel junge Leute, die ich z. B. vertheidigt habe und die ich später wieder zu treffen Gelegenheit gehabt habe — gewöhnlich wieder hinter mir auf der Anklagebank — kenne, welche durch Sachsenburg nicht gebessert, sondern eher schlechter geworden waren. Meine Herren! In dieser Richtung ist Etwas, was uns die Reichsgesetzgebung gebracht hat, ebenfalls von ungemein schädlichem Einfluß gewesen; das ist der Umstand, daß nach der Reichsgesetzgebung Kinder von 12—14 Jahren bestraft werden können in Gemäßheit des Strafgesetzbuchs. Meine Herren! Schulkinder gehören nun und nimmermehr in die Gefängnisse und Strafanstalten, sie sehen und lernen dort nichts Gutes; aber wohl gewöhnlich sehr viel Schlimmes, und dann wird durch das Strafen in den Strafanstalten das Ehrgefühl, das moralische Bewußtsein der Schulkinder nicht gewekt, sondern es wird getödtet.

Wir fällt jedesmal das Herz vor die Füße, wenn ich im Gefängniß, in der Untersuchungshaft ein Kind von 12, 12½ bis 13 Jahren sehe, wenn ich sehe, daß so ein armes Kind, welches vielleicht durch die Verhältnisse zu Hause zum Verbrechen getrieben worden ist, in unseren Untersuchungshaftanstalten oft vier und sechs Wochen lang sitzen muß. So ein armes Kind kommt dann wieder in die Schule, möglicher Weise ist dann noch dazu ein unvernünftiger Lehrer da, der vielleicht den Totus (Preis der Schulkinder) noch darauf hinweist, daß das Kind aus dem Gefängniß kommt. Glauben Sie dann, daß so ein Kind, welches in dem Gefängniß gewesen ist und welches aus dem Gefängniß entlassen wird, von den anderen Schulkindern als zu ihnen gehörig aufgenommen wird, daß man die Wiedererziehung des unreifen Kindes vielleicht begünstigen wird? Der Schulkollegium wird sich von dem Kinde abwenden, es abstoßen; das Ehrgefühl des Kindes wird dadurch getödtet, es wird angewiesen auf Gleichgültigkeit, es fühlt sich abgestoßen und hat es gerade Charakter, so wendet es sich sehr leicht gerade dadurch erst recht zum Schlechten; es sucht dann seine Gleichgültigen auf, es prahlt gewissermaßen dann schon damit, daß es in der Strafanstalt bereits gewesen hat. Ich glaube, daß auch die Herren Staatsanwälte in Sachsen — ich kenne ja viele derselben — vollständig darin mit mir übereinstimmen, daß uns diese Neuierung bloß Schaden gebracht hat.

Aber, meine Herren, ein ganz wesentlicher Uebelstand ist in dieser Hinsicht noch vorhanden, und da könnte auch in Sachsen noch viel geschehen, daß für die verwahrlosten Kinder noch mehr gesorgt werde, als es schon gegenwärtig geschieht. Meiner Ansicht nach hat der Staat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die verwahrlosten Kinder von ihm erzogen werden, daß sie entweder in Familien untergebracht werden oder in Anstalten, die sich zur Erziehung von Kindern eignen. In dieser Richtung ist noch sehr viel zu thun. Es ist nothwendig, daß die Kinder nicht erst

dann, wenn sie bereits zu Verbrechern geworden sind, wenn sie bereits Vergehen begangen haben, unter Aufsicht kommen; da ist es in der Regel bereits zu spät, sondern es ist nothwendig, daß bei Zeiten für Besserung gesorgt wird. Wir kommt der Charakter eines Kindes immer so vor, wie eine runde Kugel von irgend einem weichen Stoff, der sich von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr mehr verhärtet und zuletzt ganz hart wird. Die Eindrücke, die in den Stoff gemacht werden früh bei Zeiten und die nicht sofort wieder entfernt werden, die bleiben. Ist die Kugel einmal hart geworden, so können Sie die Eindrücke nicht mehr entfernen durch Stoßen, Schlagen und sonst welche Mittel. Und das Seelenleben der Kinder ist zu sehr verbunden mit den schlechten und guten Sitten der übrigen Familienmitglieder. Das Kind ist — um mich eines Ausdrucks unseres Herrn Abg. Dr. Heine zu bedienen — das Produkt seiner Verhältnisse (Geiterkeit) und wenn der Staat nicht bei Zeiten dafür sorgt, daß verwahrloste Kinder von ihm erzogen werden, so werden Verbrecher groß gezogen; denn die verwahrlosten Kinder werden eben dann später zu Verbrechern.

Weiter, meine Herren, ist nothwendig, daß unbedingt mehr geschieht für die sogenannten Rückfälligen. Es ist in Sachsen gegenwärtig in dieser Richtung gar Nichts vorhanden. Es ist nicht schön, wenn man solche Rückfällige eben bezeichnet mit dem Ausdruck: „schlechte Subjekte“, „verworfenen Menschen“ etc.; und man soll nur der Sache etwas näher auf den Grund sehen. Was die sogenannten Wohnortverbrecher, die gewerbmäßigen Verbrecher angeht, so ist für und gegen dieselben wenig zu thun; wer einmal ein solcher geworden ist, an dem ist allerdings gewöhnlich Hopfen und Malz verloren, den können wir in 20 Anstalten hintereinander reden, eine Besserung ist nahezu eine Unmöglichkeit; aber nehmen Sie einen Anderen, der zum ersten Male gefehlt hat, oder der auch meinestwegen schon rückfällig, aber noch nicht ein so verhärteter Verbrecher ist. Man ist in unseren Strafanstalten mit vollem Recht bemüht, neben der Buße auch noch eine Besserung zu erreichen. Es ist z. B. namentlich in Jwidau die sogenannte Individualisirung sehr gebräuchlich und man giebt sich häufig mit den einzelnen Leuten eine ganz außerordentliche Mühe, um sie zu bessern. Nun, der Direktor der Strafanstalt hat vielleicht die Genugthuung zu glauben: hier hast Du einmal Einen so weit gebracht; wenn er jetzt hinausgeht, wird er wieder ein brauchbares Mitglied der Gesellschaft werden. Ja, er kommt hinaus mit dem besten Willen, dem besten Vorsatz, er geht hin, um Arbeit zu suchen. — „Gut! Wo sind Sie denn seither gewesen?“ — wird er gefragt. — „Na, ich komme von Jwidau, von Waldheim.“ — „Was, Sie wollen Arbeit bei mir haben, jetzt, wo wir für die guten Leute nicht einmal Arbeit haben?“ — „Nun, der Mann geht seiner Wege, versucht es am zweiten und dritten Orte und wird gewöhnlich an dem zweiten, dritten Orte ebenso fortgewiesen; es bleibt ihm nichts Anderes übrig, wenn er nicht zum Selbstmord greifen will, als eben eines jener „Subjekte“, einer jener „Burschen“ zu werden, die nach der Schilderung des Herrn Abg. Adernann von Gemeinde zu Gemeinde gehen und sich durchbetteln. Da ist eben nöthig, daß für derartige rückfällige Verbrecher ebenfalls seitens des Staates Etwas geschieht und das Geld, welches Sie hierzu verwenden, wird wahrhaftig seine guten Zinsen und Interessen tragen. Gegenwärtig giebt es bloß einige Privatanstalten, die sich der aus den Anstalten Entlassenen in einiger Weise annehmen. Diese haben selbstverständlicher Weise nicht die nöthigen Mittel, dafür zu sorgen, überhaupt werden die Privatmittel in dieser Richtung nun und nimmermehr hinreichen. Meiner Ansicht nach ist es Pflicht des Staates, daß derartige Anstalten zunächst auch von ihm unterstützt werden; dann aber ist es auch Pflicht des Staates, daß er Leute, die aus den Strafanstalten entlassen werden und die beste Absicht haben, wieder brauchbar: Menschen zu werden, unterstützt, vielleicht dadurch, daß er ihnen auf eine Zeit lang wenigstens Arbeit nachweist oder giebt, oder daß er ihnen Aufenthalt in hierzu einzurichtenden Anstalten gestattet, die gewissermaßen einen Uebergang zwischen den Strafanstalten und zwischen dem freien Leben bilden müßten. Wenn wir das haben, so werden dann sicher unsere Strafanstalten künftighin von den vielen, vielen Rückfälligen mehr geändert werden.

Wenn ich nun noch sonst auf einige Gründe der Ueberfüllung der Strafanstalten Bezug nehme, so sind dieselben weniger wichtig, verdienen aber doch der Erwähnung. Da ist zunächst der Umstand, daß unsere Gerichte in neuerer Zeit sich gewöhnt haben, viel zu lange Strafen zu dikiren. Es liegt das gewissermaßen in der Reichsgesetzgebung und in der Nachbarschaft von Preußen. Unser früheres sächsisches Strafgesetzbuch war sehr mild, in den meisten Beziehungen bedeutend milder

als das Reichsstrafgesetzbuch. Das Reichsstrafgesetzbuch aber ist wieder bedeutend milder, als das frühere, in den Strafen gar kein Maß haltende preussische Gesetzbuch. Anfangs hatte sich die Praxis ausgebildet, daß die Preußen noch die alten Strafmaßungen von dem preussischen Strafgesetzbuch gewöhnt waren, und daß dort ungemein hohe Strafen dikirt wurden, während in Sachsen im Verhältnis zu Preußen sehr niedrige Strafen ausgesprochen wurden. Das hat sich nun geändert. Die älteren Herren, die noch das sächsische Strafgesetzbuch gewöhnt sind, werden seltener und die jüngeren amalgamiren sich mehr, sie sehen selbstverständlicher Weise — es liegt in der Natur der Sache — mehr nach dem großen Nachbarstaate, und so ist es denn gekommen, daß für gewisse Kategorien der Verbrecher gegenwärtig gerade die doppelte Strafe erkannt wird als früher. Es ist das ein Schaden; denn darüber sind alle Criminalisten und Gefängnisstatistiker einig, daß allzulange Strafen Nichts nützen, sondern daß sie schaden. Sie gewöhnen den Verbrecher in das Gefängnisleben förmlich ein, sie machen ihn schlaff in geistiger Hinsicht und nehmen ihm überhaupt die Fähigkeit, später wieder in der Freiheit ein nützlicher Mensch zu werden.

Weiter, meine Herren, wird meiner Ansicht nach in Sachsen viel zu wenig Gebrauch gemacht von der im Gesetz nachgelassenen bedingten Entlassung, von der Beurlaubung. Die Beurlaubung, die bedingte Entlassung war früher eine spezifisch sächsische Einrichtung. Sie ist eingerichteter worden unter dem um unser Gefängnisleben sehr verdienten Justizminister Dr. Schneider und hat ganz außerordentlich gute Früchte getragen. Ich habe wenigstens sehr schöne Erfahrungen in dieser Hinsicht gesehen. Es scheint von dieser Einrichtung gegenwärtig der frühere Gebrauch nicht mehr gemacht zu werden. Ich sage: es scheint mir so. Es fehlen mir da ebenfalls die statistischen Nachrichten; aber die Erfahrungen, die ich gemacht habe, lehren mich das. Und doch ist diese Einrichtung eine so gute, daß sie auch in das Reichsstrafgesetzbuch aufgenommen worden ist. Ich glaube, daß ein größerer Gebrauch von dieser ungemein wohlthätigen Einrichtung ebenfalls zur Verminderung der Bevölkerung in den Strafanstalten beitragen würde. (Schluß f.)

Sozialpolitische Ueberflut.

Die Protestversammlungen gegen die Orientpolitik des Fürsten Bismarck mehren sich. Außer den Versammlungen, über die wir schon berichtet, haben in den letzten Tagen Versammlungen, sämtlich zahlreich, zum Theil massenhaft besucht, in Glauchau, St. Egidien, Braunschweig, Bischof, Barmen (S. Bericht in heutiger Nr.), Burgen stattgefunden; in Dresden, Berlin, Offenbach, Darmstadt, Oera Kürnberg etc. werden Versammlungen in den nächsten Tagen stattfinden. Opposition hat sich nirgends gezeigt. Jedenfalls liefern diese Demonstrationen einen Beweis dafür, daß das deutsche Volk von dem Knutentum nichts wissen will und keine Lust hat, seine Haut für die Bestialität und Barbarei des „Erbfeinds“ zu Markte zu tragen. Den Reptilienblättern, die anfangs spotteten, jetzt aber verlegene Gesichter schneiden, sei hier bemerkt, daß von ihnen so reklamenhaft aufgezuspinnene englischen Russenmeetings einiger vaterlandstosen Bourgeois nebst Anhängsel jämmerliche Fehlgeburten sind verglichen mit den deutschen Protestmeetings gegen die russische Politik.

Der Reichstag ist auf den 6. Februar einberufen. — Fürst Bismarck hat sich abermals krank melden lassen, wird also bei der Eröffnung nicht zugegen sein.

„Die Parteien im deutschen Reiche.“ Wenn die „Kölnische Zeitung“ nicht selbst in einem längeren Beitrag das Bäcklein von einem Herrn aus dem Rudertal, der sich Bredt schreibt und obigen Titel dem Bäcklein gegeben hat, ihren Lesern unter großen Lobeserhebungen vorführt, so würden wir wahrlich schwören, da das Bäcklein selbst ungefähr den gleichen Werth des Buchs vom Pastor Schuster hat, welches Graf Eulenburg bei seinen heftigen, aber ungeschickten Angriffen gegen die Sozialdemokraten im Reichstage seinerzeit benutzte. So aber wollen wir denn doch nicht verschlen, unseren Lesern mitzutheilen, daß der Verfasser den Herrn Krupp für ein Ideal eines Arbeitgebers erklärt, denselben Herrn Krupp, der langgeprobte Arbeiter forzierte, die ein kirchliches oder sozialdemokratisches Blatt hielten. Herr Bredt, der solchen Arbeiterräubern, der neben der Mastelkraft auch das Gehirn seines Lohnslaven in Banden schlägt, in höchstem Maße lobt, er sagt, wenn er behauptet, sein Wunsch sei es, die Sozialdemokratie lediglich mit den Waffen des Geistes zu bekämpfen. Wenn dies sein wirklicher Wunsch wäre, so würde er den Herrn Krupp wegen seiner berückeligen Masse in

Goethe als Sozialdemokrat in den Wanderjahren.

Philosophisch-sozialistischer Versuch von A. Prowe.

(Schluß.)

Aber selbst das, was jeder Leser (gewiß ohne Ausnahme) die Schwärmerei unseres größten Dichters nennen wird: die Idee nämlich von einer Staatsgemeinschaft, die nicht bloß nach Lassalle's „Nachwächteridee“ für weiter gar nichts als für die Sicherheit der Person und des Eigenthums sorgt, sondern welche als eine sittliche Gemeinschaft, als eine großartige Bürgergemeinde, mit liebender Umsicht und Fürsorge das Wohl jedes Glieds, jedes einzelnen Menschen von seinem Eintritt ins Leben an bis zum Tode am Herzen trägt und stetig fördert und überwacht und keinen, keinen verkommen läßt, nein! sondern die Gnade auf Jedes Haupt zahlt: — ist diese Idee von einer solchen zukünftigen Menschengemeinschaft nicht immer doch eine schöne? Nicht eine Ideal-Daseinsform, der wir uns ewig nähern, ohne sie je zu erreichen? Eine sittliche Forderung an jeden rechtschaffenen Mitmenschen? Gleichwie die Tugend selbst, die nie erschaffen, die volle Selbstlosigkeit nur immer uns ein vorleuchtend göttlich Wunderbild ist und bleibt, zeitlebens von Allen zu erstreben, doch so lange die Welt steht von keinem realisierbar, so ist der Sozialismus ein Postulat der Gerechtigkeit selbst und wer es verhöhnt, charakterisirt sich selbst. Endlich also frage ich, ist diese Schwärmerei unseres größten Dichters nicht doch trotz all' und alledem jedenfalls wenigstens ein Zeugniß von der weltumfassenden Liebesfülle seines guten, warmen, menschenfreundlichen Herzens? Schwärmt also wirklich Goethe, der Geheimrath — wie ja Niemand leugnen will — nun wohl! so reißt er sich den ehesten Schwärmern der Menschheit an, den Plato, Jesus, Atlas Herdonius und ihren zahllosen Nachfolgern, diesen Vorläufern allen der heutigen Sozialdemokratie.

U fürwahr! es muß doch wohl ein wirklich Ding sein um diese Gattung Schwärmerei, wenn man die erlauchte Gesellschaft betrachtet, zu der sich Goethe mit seinen Wanderjahren eingefunden und hinzu gesellt hat! Buddha im Orient, Pythagoras und

Plato im Occident, die Crocehen und Spartacus in Rom, Giordano Bruno, Thomas Morus und Thomas Münzer zu Anfang der wiedererwachenden Wissenschaft und Vernunft; gleich darauf Harrington, der Lehrer des edlen Wilhelm Penn, des Philadelphigründers, endlich Immanuel Kant, sein Jünger Fichte und Karl Joh. Fr. Krause der Fortsetzer der Arbeiten Fichte's — sie Alle sind ja Vorläufer oder nur wenig ältere Mitstreber des Allen von Weimar, der, unbeirrt und unentwegt durch das Gekelber und Gekräch über die sozialistischen Ideen Babeuf's, St. Simon's und Owen's, als deren Zeitgenos, das Ewig-edle in ihnen wie in Ringendorff's Herrnhutergrundgedanken herausfand und poetisch und prophetisch im Prosa-Epos verwerthete, während er im dramatisch-n Bellbuch seinem sterbenden Faust nur wenig ahnungsvolle Verse in den Mund legt, die aber dasselbe mit prägnantester Kürze sagen, so daß sie der Feldruf geworden sind, ich denke für uns Alle! Denn wer mit trübem Blick die düsteren Zustände der arg verwilderten Gegenwart sieht und seufzend bekennet: daß alle Heil-Bestrebungen gleich dem Schnabelwehen des symbolischen Vögels am Demantfelsen (?) menschheitlichen Jammers und Glends; wer rief nicht mit unserm Dichter tief aufathmend sehnachtsvoll-inbrünstig aus: Solch froh Gewimmel möcht ich sehn Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn!!

Ja, ein froh Gewimmel!! Die Freude fehlt unserer Zeit, der Optimismus ist verloren gegangen, von dem unsere klassische Literatur durchsohnt war.

Das Rästel und Splitterrichten nimmt kein Ende und selbst an Goethe verunehren sich sog. Kritiker, die doch müßten gelesen haben, wie er selbst weisagte: Es werde für Deutschlands Literatur eine Zeit der Unfruchtbarkeit kommen, in Folge der Aferkriut und grämlichen Kriittelstuch!!

Aber wen soll das Wunder nehmen, der aufmerksam beobachtet hat, wie z. B. ein Herr v. Schbel trotz Barnhagen's warnendem Verdict eine Zeit lang sich breit machen durfte mit Kritikring der französischen Revolution!!

Genug. Wir haben nach einem vollen Menschenalter den Ahnungen Ausdruck zu geben gesucht, die schon im ersten Jünglingsgefühl beim Lesen der Wanderjahre erwachten. Aus eigenem

Ueberzeugung vertrauen wir fest der künftigen wahren Kritik die Prüfung unserer Grundgedanken an und hoffen, sie wird deren Kern billigen. Unsere zeitgenössischen Leser aber bitten wir: nur versuchsweis einmal Goethe's Wanderjahre mit dem Vorurtheil zur Hand zu nehmen, daß darin die Utopien und iltarischen Träume des Sozialismus vom greisen Altoater d'utischer Poesie mit dichterischem Hauch verklärt werden sollten. Das bunte Gewirb der verflungenen Fäden erhebt sich wie mit einem Zauberlichte überglühend und strahlend verschönet sich des sterbenden Sebers letztes Erbtheil zu einem neuen Testament deutscher Nation.

Stöder II in der „Leipziger Volkszeitung“. Das genannte Blatt bringt eine Notiz über den Leitartikel in Nr. 2 des „Vorwärts“: „Ein Zeichen der Zeit“, die wir unseren Lesern nicht vor enthalten wollen:

„Zur Vorderreiferfrage schreibt man uns: Der „Vorwärts“ bringt in seiner vorletzten Nummer unter „Ein Zeichen der Zeit“ einen Leitartikel, welcher auf Grund einer Schrift des Geheimraths Sagl, nach der die Zahl derjenigen Personen, die den Tauschverkehr vermitteln, im stetigen Steigen begriffen ist, während die Zahl derjenigen, welche die Produkte erzeugen, sich immer verringert, den Beweis liefert, daß die heutige Gesellschaftsorganisation daran die Schuld trage. Was wir es auch ganz consequent finden, daß der „Vorwärts“ so und nicht anders seine Schlüsse zieht, denn nur durch beständiges, wenn auch nur tropfenweises Eingeben von Wist kann der Klassenhaß nachhaltig erreicht und zu jener Blüthe gebracht werden, deren Frucht die Revolution ist: so löste doch der „Vorwärts“ nicht bloß nichtdenkende Leser seiner Artikel voraussetzen. Jener Artikel wiederholt nämlich zum launso-wiesten Male die produktive Arbeit wird in Hinsicht auf den Kraftverbrauch, den sie erfordert, allzugerung einschädigt; jeder Mensch, der sich ihr entziehen kann, hat es und nicht mit Unrecht.“ Es kann nun nicht unsere Absicht sein, uns mit dem Artikelshreiner über seine Behauptung auseinander zu setzen. Aber soviel sollte sich derlei wohl selber sagen können, daß durch dielebe nur ausgedehnte Arbeiter geschaffen werden, und das Ende dieser Unzufriedenheit zu einem Strohentium führt, wie es die heutige Zeit ja bereits in erdender Weise aufweist. — Dem Herrn Einsender können wir darin beistimmen, daß eine Aufreizung zur Arbeitshagen in den Worten liegt, der produzierende Arbeiter verlaßt, nicht mit Unrecht die Werkstat. Wer erzählt denn diese Arbeitshagen,

anderer Weise behandelt haben. — Die „Kölnische Zeitung“ lügt gleichfalls, indem sie behauptet, Lassalle habe gesagt, „daß sich 96 Prozent der Bevölkerung in gedrückter und dürftiger Lage befänden“; Lassalle spricht von 87 bis 96 Prozent und setzt noch das Wort hinzu: „in mehr oder weniger“ gedrückter Lage. — Daß die „Kölnische Zeitung“ auch das allgemeine gleiche Wahlrecht dem Volke wieder rauben möchte und zwar dann, „wenn sich die Gefahren der Oligarchie einmal in unmittelbarer Nähe zeigen“, deutet darauf hin, daß die Gelehrten auch dieses großen Blattes nicht das geringste Verständnis von dem Wesen der Sozialdemokratie haben, in welcher jegliche Herrschaft untergehen wird.

— Zur Volksschullehrer-Wisere. Die „Preussische Lehrerzeitung“ brachte kürzlich folgende Notiz: „Der emeritierte Lehrer Sapinski zu Hohenhausen (Kreis Bromberg), dessen Pension nach 50-jähriger Dienstzeit 360 Mark beträgt, wovon 276 Mark aus der Schulkasse und 84 Mark aus Staatsmitteln gezahlt werden, hatte sich bittend an das Unterrichtsministerium gewendet, ihm wenigstens noch die 180 Mark Alterszulagen zu bewilligen, da er mit einer Familie von 4 Personen mit 120 Thälern Pension nicht leben könne. Diese Bitte habe um so mehr Begründung, als er bis in die letzte Zeit hinein 200 Kinder zu unterrichten, also für zwei Lehrer zu arbeiten gehabt habe. Der Minister hat das Petition abgelehnt wegen „Mangel an Fonds“, — er würde ihm aber „nach Maßgabe der Verhältnisse und der Mittel“ Unterstützung zu Theil werden lassen. Daraufhin hat sich Sapinski an das Abgeordnetenhaus gewendet. Er führt aus, wie ein Bahnwärter nach 25-jähriger Dienstzeit monatlich 58 Mark und dazu 12 Mark zur Unterstützung eines alten Vaters, also in Summa 70 Mark, ein gewesener Briefträger monatlich 63 Mark Pension bezieht. Sapinski bittet das Haus, den Minister hochgenügendst veranlassen zu wollen, ihm in Erwägung seiner 50-jährigen Dienstzeit eine Pension nach Verhältnis der im mittelbaren Staatsdienste stehenden Subalternbeamten bewilligen zu wollen. Die Commission kann auf das Petition nicht eingehen, da das Pensionsgesetz vom 20. April 1825 und ebenso das Pensionstransaktionsgesetz vom 27. März 1872 auf die Volksschullehrer keine Anwendung finde, da ferner der Kultusminister durch Rescript vom 17. Januar 1874 bestimmt hat, daß keinem emeritierten Elementarlehrer eine in Rücksicht auf sein Dienstalter zahlbare, zum Stelleneinkommen jedoch nicht gehörige, und daher bei der Emeritierung außer Betracht bleibende persönliche Zulage aus Staatsfonds zu gewähren oder zu bewilligen sei, — zumal die Lehrer überhaupt keinen Rechtsanspruch auf derartige Zulagen haben. Allerdings entziehen „manche“ Mitglieder der Unterrichtscommission, wie es in dem von vorliegenden Commissionsbericht heißt, die Ansicht, daß der im Etat für diesen Zweck mit 300,000 Mark ausgesetzte Fonds unzulänglich sein dürfte. Der Referent, Abg. Kantak, beantragt, dem Abgeordnetenhaus vorzuschlagen:

„mit Bezugnahme auf die sich aus dem Antwortschreiben der k. Regierung zu Bromberg vom 22. Januar 1877 ergebende Bereitwilligkeit, dem Petenten entgegenzukommen und in Hoffnung auf demgemäße Betätigung derselben, über die Petition des Lehrers Sapinski zu Hohenhausen zur Tagesordnung überzugehen.“

Soweit die „Preussische Lehrerzeitung“. Und Angesichts solcher Thatfachen haben die Herren Liberalen noch den Muth, zu behaupten, daß die preussischen Lehrerverhältnisse im Allgemeinen befriedigend und daß die Regierung und die Volkvertretung bemüht seien, dieselben befriedigend zu gestalten. Es geht aber ein trauriger Muth dazu, das Geld haufenweis dem Militär-Moloch in den Hals zu werfen und die Erzieher der Kinder des Volks hungern und darben zu lassen. Und wenn irgend etwas beweist, daß die „Volkvertretungen“ wie sie jetzt zusammengesetzt sind, dem Grundgesetz halbig, daß das Volk nicht aufgeklärt werden dürfe, so ist es das vornehme Hinweggehen über die Volksschullehrerfrage. Wenn aber auch irgend etwas geeignet ist, diese Klassenvertretungen bei der ungeheuren Mehrheit des Volkes gründlich zu diskreditieren, so ist es wiederum diese Haltung in der Schullehrerfrage. So traurig also die Sache an sich ist, so sehr ist dieselbe aber dazu angethan, dem Volke die Augen zu öffnen — die hungernden Schullehrer bilden eine lebendige Anklage gegen die heutige Gesellschaft!

— Charakteristik für die heutige Wirtschaft ist folgende von der „Tagewacht“ mitgetheilte Notiz der „Bodenfruchtzeitung“:

„Auf dem hiesigen (Romanshorner) Fruchtplate befindet sich gegenwärtig eine solche Menge Frucht, daß sie im Freien auf-

Bagabunden, Bettler und Verbrecher? — Niemand als die fortarbeitenden Bodenbesitzer, deren Situation durch das Bagabudentum noch erschwert wird. D. R.“

Als Genosse Ross in der bekannten Staatssozialisten-Versammlung den Plänen gegenüber antwortete: „Nacht Eure Rechnung mit dem Himmel, Eure Uhr ist abgelaufen“ — da zeterete Herr Holpriediger Stöder in die Welt hinein: „Hülfe, Hülfe, Ross will uns sämmtlich ermorden!“ Natürlich allgemeines, urtheiles Gelächter, selbst im eigenen Lager des Herrn Stöder. Aber Herr Stöder hat den Ross'schen Ausruf doch wohl nicht absichtlich so dumm und kindisch ausgelegt, die Angst in dem Glauben, persönlich an's Messer geliefert zu werden, gab ihm wahrscheinlich solche fälschliche Auslegung ein.

„Stöder II.“ oder fälschlich in der „Leipziger Volkszeitung“ bewußt in unverschämter Weise — klopfen wir ihm deshalb auf die Sabelklinge und zwar einfach durch Abdruck der betreffenden Stelle aus Nr. 2 des „Vorwärts“. Nachdem angeführt worden ist, daß Engel bedauere, daß die Reichen der produktiv Thätigen sich Lichteten und die der distributiv Thätigen sich füllten, weil dieses Zeichen der Zeit bei richtiger Deutung manche unerwartete Erscheinung in der Gegenwart erklären könne, heißt es weiterhin:

„Eine richtige Deutung dieses Zeichens der Zeit“ ist gar so schwer nicht. Die produktive Arbeit wird in Hinsicht auf den Kräfteverbrauch, den sie erfordert, allgering entschädigt; jeder Mensch, der sich ihre Entlohnung kann, thut es, und nicht mit Unrecht, und wenn ihm als Krämmer, als Wirth u. s. w. auch oft nicht mehr Lohn erwächst, wie als Lohnarbeiter, so verbraucht er auch lange u. s. w. so viel an Arbeitskraft, und wenn er auf die Dauer auch kein „Geschäft“ nicht anrecht zu erhalten vermag, so steht es ihm ja immer wieder frei, sich als Lohnarbeiter anzubieten.“

„Stöder II.“ in der „Leipziger Volkszeitung“ fälscht den Gedanken des „Vorwärts“, indem er einen Satz, und zwar nach einem Komma, abbricht und den Nachsatz verschweigt und zetert nun: „Der „Vorwärts“ will uns die Strohe und Bagabunden auf den Hals heben, er will sie vermehren, deren wir doch übergenug haben.“ — Allerdings ist das eine recht alberne Fälschung, die man durch einfachen Nachdruck des Satzes widerlegen kann, was hiermit geschehen sein soll.

Daß die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ aber mit beiden Beinen in derlei Albernheiten hinstinkt, wollen wir derselben ihrer bekannten jugendlich-naiven Unbefangenheit wegen nicht verübeln.

gespeichert werden muß und geht durch den Wechsel der Witterung, sowie durch Katten, Spahen und anderes — Ungeziefer täglich soviel zu Grunde, daß davon die ganze Umgebung genug Brod essen könnte.“

So will es nun einmal die Privatpekulation! Was scheert es sie, ob ihre aufgespeicherten Waaren verfaulen, während ringsum das Volk darbt — wenn nur ein hübscher Profit herausspringt! Sobald die organisierte Gesellschaft, der sozialistische Staat die Erzeugung und Vertheilung der Waaren planmäßig und vernünftig regelt, wird ein Vorkommniß, wie das oben erwähnte, einfach unmöglich sein. Aber auch erst dann. Bis dahin wird die tollste Vergeudung ruhig fortbestehen neben dem hilflosesten Elend. —

— Noch immer kein Waffenstillstand. Die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigt sich: die europäische Reize hat ihren Höhepunkt erreicht und kann im Handumdrehen zum europäischen Krieg führen, an welchem sich zunächst England und Oesterreich betheiligen würden. Jedenfalls hat die Spannung zwischen Rußland und England den äußersten Grad erreicht, wo entweder der Bruch, oder das Einklinken eines Theils oder beider Theile erfolgen muß. Das englische Parlament, welches heute — 17. Januar — zusammentritt, bringt vielleicht etwas Klarheit.

— Der Congreß der Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde am 26. Dezember v. J. in Newark (New-Jersey) eröffnet. Erschienen waren 42 Delegirte, die folgende Sektionen vertraten: Brooklyn (deutsch) G. Winter und B. Reinhard; Lawrence, Mass. (deutsch) A. Reading; San Francisco (deutsch) Just. Schwab; Albany (deutsch) Gustav Reinhard; Manchester, N. H. (deutsch) Jos. Hoffer; Alleghany City (deutsch) W. C. Bollner; New Haven (engl.) P. J. MacGuire; Cleveland, O. (deutsch) P. C. Christensen; Boston (engl.) Wm. Wagner; Detroit (deutsch) A. Gabriel; Newark (deutsch) C. Vogel und Fried. Meißelbach; do. (engl.) Caleb Tilly; do. (böhm.) S. Schulz; Philadelphia (deutsch) H. Eismann und V. Trautwein; do. (Frauen-Sektion) E. Doppil; Utica (engl.) H. G. Rowin; Chicago (deutsch) J. E. Pfeiffer; do. (engl.) E. R. Pearson; Cincinnati (deutsch) G. Lübert; New York (franz.) Alex. Frey; do. (deutsch) F. Filly, C. Collenburg, John Schäfer und B. Kaufmann; (engl.) G. W. Rabor und Leander Thompson; (böhm.) Franz Conjal; Jersey City Heights (engl.) E. Damuid; do. (deutsch) Nikolaus Schmidt; Paterson (deutsch) S. V. Hoffmann; St. Louis, Mo. (deutsch) Alb. Curstin; Cedar Springs, Iowa (böhm.) J. Jonash und F. Bartosch; Baltimore, Md. (deutsch) A. Gabriel; Buffalo (deutsch) J. Bürger.

Bis jetzt liegen uns nur die Berichte über die beiden ersten Sitzungstage (26. und 27. Dezember) vor, und beschäftigte sich der Congreß an denselben lediglich mit internen Angelegenheiten. Von Interesse ist der Bericht des Executivcomitês. Wir entnehmen demselben wörtlich Folgendes:

„In dem wir Ihnen den Bericht über das Wirken der Partei vom 6. Juli 1876 bis jetzt vorlegen, müssen wir Ihnen bemerken, daß an dem Tage, am 6. Juli 1876, unser offizielles Leben anfieng. Zu dieser Zeit bestanden in den Vereinigten Staaten 9 Sektionen mit circa 650 Mitgliedern. Die Finanzen derselben waren geschwächt und ihre Parteiorgane kämpften hart um's Dasein. Nicht lange darauf kamen Häuferte um Unterstützung der Parteiorgane in New York: „Labor Standard“ und „Arbeiter-Stimme“. Die geforderte Unterstützung wurde von Seiten des Executivcomitês gewährt und mehrere Gesandte um Unterstützung derselben Organe, welche den ersten folgten, wurden mit Aufopferung des ganzen Baarvermögens des Executivcomitês bewilligt und bezahlt. Im Juli 1877 wurde der amerikanischen Sektion in New-Haven, Conn., die Erlaubniß gegeben, in der daselbst stattfindenden Wahl politisch vorzugehen und ein eigenes, unabhängiges Arbeiterprogramm aufzustellen.“

„Bald darauf wurden auf Ersuchen verschiedener Sektionen die Genossen P. J. MacGuire von New-Haven und Carl Savary von Newark als Agitatoren ausgesandt. MacGuire bereiste die New-England-Staaten, gründete Sektionen in Boston, Holyoke, Manchester u. s. w., während Savary die westlichen Staaten bereiste und Sektionen in Utica, Buffalo u. s. w. ins Leben rief.“

„Zur Zeit bestehen in den verschiedenen Theilen des Landes 21 Arbeiterorgane, welche theilweise täglich erscheinen. Der große Eisenbahnstreik hat einen großen Einfluß auf die Arbeiter der Vereinigten Staaten gehabt. In allen größeren Städten der Union hielten die Sektionen unserer Partei großartige Versammlungen ab und wirkten in Bezug auf Unterstützung u. s. w. mit Erfolg. Die glänzenden Resultate der letzten Wahlen haben gezeigt, wie groß der Einfluß des Streikes gewesen ist. Der Conflict zwischen den ökonomischen und politischen Fraktionen der Partei ist natürlich und nicht unerwartet. Der Congreß muß entscheiden, wie die Agitation in Zukunft betrieben werden soll. Die Lage der verschiedenen Sektionen — 72 an der Zahl und 7000 gut stehende Mitglieder repräsentirend, ist im Allgemeinen eine erfreuliche.“

Weiterer Bericht über den Verlauf des Congresses wird folgen, sobald uns die amerikanischen Parteiorgane vorliegen.

— Genosse Leininger, das Opfer der Stuttgarter Ruder-Geschworenen, hat seine 10monatliche Strafe sofort in Heilbronn angetreten. —

— Ein zwanzigfacher Prozeß kam am Dienstag, den 15. d. M., gegen den Redakteur der „Berliner Freien Presse“, Fink, vor dem Berliner Stadtgericht zur Verhandlung. Mitangeklagt waren als Verfasser von Einseitigkeiten die Dienstmagd Auguste Lorenz, der Tapetierere Taube und der Goldpolirer Hoffmann. Im bunten Durcheinander waren 16 Beleidigungsklagen, mehrere Verhöre gegen den Sozialistenparagraphen 130, je ein Verstoß gegen §§ 131, 166 und weiß der Henker was noch für Verhöre den Angeklagten zur Last gelegt, wovon natürlich qualitativ und quantitativ der Löwenantheil auf Fink entfiel. Der Staatsanwalt hatte die Gewogenheit, für den Haupttäter Fink nur 21 Monate Gefängniß zu beantragen, die Lorenz sollte mit einem Monat und Taube und Hoffmann mit je drei Wochen Gefängniß bestraft werden; der Gerichtshof aber erkannte gegen Fink auf 15 Monate, unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchung, gegen die Lorenz auf 6 Wochen und gegen Taube auf 14 Tage Gefängniß; Hoffmann kam mit 42 Mark Geldstrafe event. 1 Woche Gefängniß davon.

— Erklärung. Von unserm Genossen Bebel, der seit Montag im hiesigen Bezirksgerichtsgefängniß inhaftirt ist, geht uns folgende Erklärung zu:

„Erst heute kommt mir die Nummer des „Vorwärts“ vom 9. Dezember v. J. zu Gesicht, worin ich eine Notiz über meine

Haft in Blößensee finde, welche den Glauben erweckt, als sei ich dort mit besonderer Strenge behandelt worden.“

Dem gegenüber muß ich erklären, daß man mir Seitens der Gefängnißverwaltung wie der einzelnen Beamten in jeder Weise entgegenkommen ist und mir gewährt hat, was sich innerhalb der Gefängnißordnung gewähren ließ.

Die literarische Beschäftigung ist mir ohne weiteres gestattet worden, nur mit der einzigen Einschränkung, keine politischen Tagesfragen zu erörtern, wohingegen ich das Recht hatte, die Arbeiten wie und wo mir beliebt unter meinem Namen zu veröffentlichen, ein Recht das uns beispielsweise in Sachen selbst auf der Festung abgelehnt wurde. Die Bearbeitung der zweiten Auflage meiner Broschüre „Die parlamentarische Thätigkeit“ wurde abgelehnt, weil diese über Tagesfragen handelt.

Ross's Besuch wurde nicht gestattet, weil er nach Ansicht der Direktion in seiner Broschüre „Die Bastille am Blößensee“ die Verwaltung maßlos und ungerecht angegriffen habe, alle anderen Besuche habe ich empfangen dürfen.

Ein Verkehr mit Dolinski wurde mir zweimal gestattet, kurz nach meiner Ankunft und unmittelbar vor meiner Abreise. Der regelmäßige Verkehr in den Freistunden zwischen uns wäre, so hieß es, unthunlich, weil wir beide auf entgegengesetzten Flügeln lagen und bei der Größe der Anstalt (an 1500 Gefangene) das tägliche Zusammenkommen nicht ohne Störung und Umstände abginge.

Der Verkehr der Gefangenen in den Freistunden ist in Blößensee Regel, sie können sich auf dem Spaziergang mit einander unterhalten und bedarf es hierzu keiner besonderen Erlaubniß. Bedingung für diesen Verkehr ist, daß man auf ein und derselben „Station“ liegt, was Dolinski und ich wohl erlangt hätten, wenn ich die Absicht gehabt, meine ganze Haftzeit dort zu verbräuen. Dies zur Richtigerstellung.

Leipzig, den 16. Januar 1878. A. Bebel.

— Wegen Majestäts- und Bismarckbeleidigung wurde Parteigenosse Scheil in Bochum zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

— „The Voice of Labor“ (Arbeiterstimme) ist der Titel eines neuen Parteiorgans in englischer Sprache, welches in St. Louis (Nordamerika) wöchentlich einmal erscheint.

Aus Ungarn.

Wir erhalten aus O — vom 7. Januar folgende Zuschrift: Sie werden aus den österreichischen Zeitungen die Hauptmomente in den Ereignissen, welche sich in Ungarn zugegetragen, seit meinem letzten Berichte wohl kennen, ob aber dieselben der Wahrheit gemäß dargestellt worden, daran habe ich die größte Ursache zu zweifeln. Es ist so, wie ich es schon vor einem halben Jahre vorausgesagt habe, daß seitens der ungarischen Regierung Alles ausgeboten wird, um die Ungarn in eine Revolution hinein zu treiben. Ich glaube nicht zu irren, daß dies planmäßig geschieht. Wir sind hier bis zu einem Standpunkt gelangt, welcher demjenigen Frankreichs im Juli 1830 gleicht, als die berüchtigten Ordonnanzien gebracht wurden, ich zweifle jedoch daran, daß sich die Benutzer bis zum Barricadenbau vertheigen würden, wenn man sie noch so sehr knochete und ihnen alle Rechte nähme, von welchen sie ohnehin so wenig besitzen. Immerhin fängt man in Ungarn an, zur Erkenntniß dessen zuzukommen, daß alle bisher versuchten Systeme nichts taugen und nur die Sozialdemokratie jene Idee ist, deren Verwirklichung dem Volke die individuelle und politische Freiheit zu sichern im Stande ist.

Auf die Gefahr hin, Ihnen nichts Neues zu berichten, wage es dennoch Einiges über die Affaire Verhoray (des Verfassers des Artikels „Wer ist der Elende?“) zu berichten. — Verhoray, ein junger Mann von ungewöhnlicher Energie und hervorragendem Talente, war der Kandidat der Unabhängigkeitspartei für den Wahlbezirk Debreczin gegen den jetzigen Ministerpräsidenten Tisza; er verlor nur durch eine geringe Majorität, welche aber, wie dies in unserem Zeit dem Ausgleich mit Oesterreich sehr demoralisirten Lande Sitte (oder vielmehr Unsitte) ist, durch Bestechung der Wähler erlangt ward. Tisza verzicht die „Annahme“ Verhoray's um so weniger, weil dieser ihn auch später wie einen spanischen Raubritter durch seine Zeitungsartikel an den Pranger der Oeffentlichkeit stellte. Nach dem oben erwähnten Artikel („Wer ist der Elende?“) fing der ungarische Ministerpräsident an Feuer zu fangen und nahm sich vor, die ihm von Verhoray angethane „Beschimpfung“ rächen zu wollen. Der letztere aber war durch diesen Artikel für Tisza unangreifbar geworden, demzufolge wurde ihm ein Prozeß wegen eines angeblich den König beleidigenden Artikels gemacht, Verhoray wurde aber vom Vorgehen der Majestätsbeleidigung durch die Geschworenen — mit 8 Stimmen gegen 4 — freigesprochen. Tisza ist jedoch ein Mensch, welcher mehrere Sehen für seine Vögel hat. Nach der zu Gunsten der Türken abgehaltenen letzten Volksversammlung wurde dem Ministerpräsidenten vom Volke eine Ragemusik gebracht und die Aufreizung des Volkes Verhoray in die Schuhe geschoben, worauf seine Verhaftung in hinterlistiger Weise, indem er zum Stadthauptmann unter falschem Vorwand gelockt wurde, stattfand. Die vom Staatsanwalt Jollmann berufenen Jengen, selbst der Portier Tisza's, haben sich bisher in einer für Verhoray günstigen Weise ausgesprochen, trotzdem wird die Endverhandlung verzögert. Es erwartet den Ministerpräsidenten ein großartiges Fiasko. Sobald sich wieder Aufreizungs-werthes ereignet, will ich Ihnen davon berichten. Bis dahin empfangen Sie den brüderlichen Gruß Ihres Parteigenossen D. R.

Correspondenzen.

London, 14. Januar. In der am letzten Sonnabend statt gehabten und sehr zahlreich besuchten Vereinsversammlung wurde das Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie und der an einen englischen Freund vom Genossen Liebknecht gerichtete Brief in Bezug auf die Kassaphilanthropie des Fürsten Bismarck besprochen. Nach einer sehr lebhaften Debatte, an der sich eine große Anzahl Genossen betheiligten, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit jedem Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie, das sich gegen die Blut- und Eisenpolitik des Fürsten Bismarck richtet, einverstanden; wie sie auch das gegenwärtige Vorgehen der deutschen Genossen gegen die Orientpolitik der deutschen Reichsregierung lebhaft unterstützt. Im Uebrigen haßt und verabscheut die Versammlung alle heutigen Kriege, da dieselben im ausschließlichen Interesse der Dynastien — zur Unterdrückung des Volks — vom Baue gebrochen werden.“ F. Ehrhart.

Magdeburg. Der Colporteur der „Magdeburger Freien Presse“, Louis Porenburg in Klein-Ottersleben, war vom hiesigen Criminalgericht wegen Verbreitung eines Gedichtes, welches speziell für Ottersleber Verhältnisse als strafbar befunden wor-

den, mit 150 Mark Geldbuße eventuell mit 30 Tagen Haft bestraft. Dieses Urtheil wurde durch das Appellationsgericht abgeändert, und das Strafmaß auf 30 Mark eventuell 10 Tage Haft ermäßigt.

Erfurt. Am 16. Januar stand Parteigenosse Göbe wegen Freybergehens vor dem hiesigen Kreisgerichte; das Vergehen sollte begangen sein durch Abdruck des Agitationsartikels „Was wir wollen“ in der Probenummer der „Erfurter Volkszeitung“. Der Artikel war einer Agitationsnummer des „Volksstaat“ entnommen, und obwohl derselbe im übrigen Deutschland unbekannt geblieben war, so fand doch Herr Jesse, das ist der Name des hiesigen Staatsanwalts, Strafbares in demselben. Herr Jesse erklärte, daß gegen Sozialdemokraten überhaupt keine Milde angewandt werden dürfe, da dieselben schließlich doch nur Raub und Todtschlag beabsichtigten, das beweise die Pariser Commune, und außerdem seien in dem Artikel verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Haß und Verachtung gegen einander aufgereizt worden, was schließlich sogar zu Gewaltthatigkeiten führen könne. Dabei stellte der Herr Staatsanwalt den sonderbaren Rechtsgrundsatz auf, daß der Redakteur einer Zeitung an jedem Orte verfolgt werden könne, wo die Zeitung zur Verbreitung gelangt sei. Ein Redakteur wäre nach dieser Rechtspraxis also gar nicht sicher, für ein und dasselbe Vergehen an 10, 20 Orten verfolgt und verurtheilt zu werden. Herr Jesse beantragte sechs Monate Gefängniß sowie Unbrauchbarmachung der confiszirten (76) Exemplare der Probenummer. Der Gerichtshof erkannte aber auf einen Monat Gefängniß sowie Unbrauchbarmachung der confiszirten Exemplare. Der Angeklagte wird die Rechtsbeschwerde einlegen. — Man sieht aus dem Vorstehenden, daß unser Staatsanwalt alle Anlagen hat, Tessendorf ebenbürtig zu werden. In gleicher Zeit schwebt auch noch gegen Genossen Druck ein Gotteslästerungsprozeß und gegen Genossen Wiefinger eine dergleichen.

Stuttgart. 10. Januar. Zur Illustration der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ hier ein Probröhen aus dem Leben, wie es dem „Correspondent“ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer durch einen hiesigen Berichterstatter mitgetheilt worden ist. Es handelt sich um einen Buchdrucker, der vor einiger Zeit sein 50jähriges Arbeitsjubiläum feierte. Der Jubilar, ein vierundsechzigjähriger Mann, welcher in dem betreffenden Geschäft früher vier Jahre als Faktor fungirte, war dem Herrn Prinzipal dreimal ein „Helfer in der Noth“, d. h. er blieb bei den Arbeitseinstellungen des Personals treu an seinem Platze. Die fünfzigjährige Dienstzeit des Veteranen bot jedwefalls vortreffliche Gelegenheit zur Revanche; von der traditionellen, mit Zwanzigmarkstücken gefüllten Tabatiere wurde diesmal Abstand genommen und verehrt der Herr Prinzipal statt dessen dem Jubilar einen — von einer Flasche Wein eskortirten Kuchen. Doch die eigentliche Ueberraschung folgte einige Wochen nachher und bestand darin, daß der von dem Herrn Prinzipal noch immer offiziell als Faktor traktirte alte Mann aus dem gewissen Geld in's Berechnen kam, wodurch er kaum mehr als die Hälfte des bisher Bezogenen verdienen kann — als Lohn für seine Treue! — Herr Max Hirsch wird entzückt sein über die Langmuth dieses Arbeiters, der 50 lange Jahre hindurch geduldig das Ausbeuterjoch trug, um als Dank dafür im hohen Alter die Broden aufzufangen, die ihm von des Herrn Arbeitgebers Tische zugeworfen werden. Denn soviel steht fest, die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ kann in der heutigen Gesellschaft nur dort bestehen, wo die Arbeiter ihr Interesse dem des Arbeitgebers bedingungslos unterordnen. Oder ist es etwa anders, Herr Hirsch?

Wormen. 13. Januar. Eine gestern Abend in der „Schützenhalle“ stattgehabte Volksversammlung erfreute sich trotz des ungünstigen Wetters eines recht zahlreichen Besuches. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: „Der projektirte Gesetzentwurf zur Einführung von Arbeitsbüchern und Gewerbegerichten.“ Das Referat hierüber hatte Herr Hasselmann übernommen und in einer klaren und sachgemäßen Rede legte derselbe den Standpunkt dar, den die arbeitende Klasse diesem reaktionären Gesetzentwurf gegenüber einzunehmen habe. Schließlich beantragte Redner folgende Resolution:

„Die heutige Volksversammlung erklärt sich auf das Entschiedenste gegen jede Einführung von Arbeitsbüchern, da die Arbeiter durch letztere in Ausübung ihres Coalitionsrechtes schwer beeinträchtigt würden. Desgleichen erklärt die Versammlung, gegenüber der Einführung von Gewerbegerichten entschieden darauf dringen zu müssen, daß die Mitglieder derselben aus allgemeinen und gleichen Wahlen der Theilnehmten hervorgehen.“

Trotzdem der Vorsitzende Gieseler etwa anwesende Gegner wiederholt zur Rede aufforderte, meldete sich doch Niemand an und wurde die Resolution einstimmig angenommen. Hierauf ergriff Herr Heiland das Wort zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Die Orientpolitik der deutschen Reichsregierung.“ In überzeugender Weise machte Redner den Anwesenden klar, daß der orientalische Krieg wesentlich zur Verschärfung der jetzt herrschenden Krisis beitrage und daß deshalb das deutsche Volk ein eminentes Interesse an der Orientpolitik der deutschen Reichsregierung haben müsse. Redner wies ferner die Ungereimtheit der russischen „Humanitätsbestrebungen“ für Verbreitung des Christenthums nach und beantragte behufs Ausübung eines moralischen Druckes auf die deutsche Reichsregierung folgende Resolution:

„Die heute, am 12. Januar 1878, in der Schützenhalle zu Wormen tagende Volksversammlung erklärt einmüthig, daß sie mit der bisherigen Orientpolitik der deutschen Reichsregierung nicht einverstanden ist, sondern dieselbe auf das Entschiedenste mißbilligt. Die Volksversammlung erklärt ferner, daß in den gewaltsamen Annahmungen der despotischen Zarenregierung eine Gefahr für die Freiheit und den Wohlstand der gesammten civilisirten Völker Europas erblickt werden muß und fordert daher die deutsche Reichsregierung auf, in diesem Interesse der russischen Regierung und deren Absichten energisch entgegen zu wirken und insbesondere eine jede Abtrennung irgend eines Theiles der Türkei zu Gunsten des russischen Reiches oder seines Einflusses zu verhindern.“

Auch diese Resolution fand ohne Widerspruch einstimmig Annahme. Nach einer kleinen, durch eine Anfrage des Genossen Seligmann veranlaßten Debatte, und nachdem noch Heiland mit kurzen kräftigen Worten zum Abonnement auf das einzige Arbeiterblatt des Wuppertales, die „Vergische Volksstimme“, aufgefordert hatte, wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden geschlossen.

Lindenau. 12. Jan. In voriger Woche fand hier im Saale des „Deutschen Hauses“ eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, welche zur Tagesordnung hatte: 1) die Thätigkeit des Deutschen Reichstags; 2) das Impfgesch. Herr Liebknecht, als Referent des ersten Punktes, erwarb sich durch seinen zweifelhafte Vortrag, in welchem er zum Schluß auch die Stellung der Reichsregierung in der orientalischen Frage einer scharfen Kritik unterzog, für reichlichen Beifall der Ver-

sammlung. Nicht minder entledigte sich der Referent über den zweiten Punkt der Tagesordnung, Dr. E. Ullrich, seiner Aufgabe zur großen Zufriedenheit der Anwesenden, und wurden seine den Impfwang scharf verurtheilenden Ausführungen von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen.

Verloosung.

Veranstaltet in London zu Gunsten der politischen Verurtheilten in Neu-Caledonien.

Bürger! Wir haben Euch aufgefordert, Euch unserm Streben anzuschließen und uns Gaben für unsere Verloosung zu senden. Ihr seid unserem Appell weit über unsere Erwartungen hinaus nachgekommen. Aus Frankreich, England, Deutschland, der Schweiz, Belgien haben wir freundliche Gaben und sympathische Zustimmung erhalten. Maler, Bildhauer, Zeichner, Goldschmiede, Uhrmacher u. c. haben für uns gearbeitet. Dichter, berühmte Schriftsteller haben und ihre Werke gewidmet. Wir danken ihnen im Namen Derer, welche für eine Reduktion leiden, deren Berechtigung die gegenwärtigen Ereignisse behaupten, und welcher die Zukunft rühmend gedenken wird. Aber unsere Bestrebungen sind noch nicht beendet, wir haben Gaben gesammelt und es gilt nun die Loosung unterzubringen. Wir glauben, daß Niemand davon absehen wird, uns seinen Beistand auch ferner angeben zu lassen, um unseren Erfolg sichern zu helfen. Arbeitseigenen! Die Revolution des 18. März gehört Euch. Ihr alle seid für sie verantwortlich, sie verweigern, wäre Verrath! Ihr seid solidarisch mit denen, welche für das Verbrechen bulden, bestraft worden zu sein. Ihr müßt gemeinschaftlich an unserm Werke mitarbeiten. Wir rechnen um so mehr auf Euch, Denker, Männer des Fortschritts und Vertheidiger des Rechts, als wir wissen, daß Ihr keine Gesellschaftsordnung gelten lassen könnt, welche zu ihrer Erhaltung der periodischen Wiedererneuerungen, Einkreislungen, der Verbannung und Vertreibung von Millionen ihrer Bürger bedarf. Die Zahl der mehr als 1200 Gewinne repräsentirt einen Werth von 25,000 Francs. Unter den Gewinnern figuriren:

Kunstwerke.

Gemälde von Courbet, Bazin, Montbars, Dupuis, Bonchard, Noormans u. c. Bildhauer-Arbeiten von Chapu (ein Basrelief), Ottin, Briffon u. c. Stahlstiche von Daubigny, Charbonel, Ralet, Von, Flammeng, Montbars u. c. Ceramikum, Bronze, Steingut, Gypsarbeiten, Aquarelle, Lichtbilder. Photographien: Ein Prachtalbum (Ansichten von Jersey); ein Portrait von Delesscluse, drei dergleichen von Garibaldi, 24 Belasquez's, 4 Fragonard's u. c. Schmuckgegenstände: Armbänder, Ringe, Nadeln u. c. im Werthe von 2000 Francs. Uhrenwaaren: Goldene und silberne Uhren im Werthe von 1200 Francs.

Schriftsteller-Arbeiten: Widmungsgruß der Autoren; Werke von Victor Hugo, Karl Marx, Odysse Barot, Von Gladet, Yves Guyot, Sigismund Lacroix, C. P. Bradlaugh, A. Dejan, P. Taylor (Mitglied des Parlaments). Eine Collection des Journals „Droits de l'Homme“ mit den Autographen sämtlicher Redakteure, sowie eine große Anzahl Schriften von berühmten Autoren.

Berichtendes: Eine ausgezeichnete Sammlung von Meeremoosen, Sideriten, Ammerzeug (Wäsche), Confections- und Tapissiereregegenstände, künstliche Blumen, Hüder, Popeterie-gegenstände, Regensaire, Reisekofferten, Handtaschen u. c. Alle Leosinhaber, auf deren Nummern keiner der vorerwähnten Gewinne fällt, haben Anspruch auf eine Zeichnung, welche zum Andenken an diese Verloosung von einem unserer bedeutendsten Künstler extra angefertigt wurde.

Die Zahl der Loosung ist auf 60,000 Nummern festgesetzt. Preis 1 Francs (60 Pfennig). Die Ziehung findet am 16. April in London statt.

Die Commission:

J. Andree, 29, Windmill Street, Tottenham Court Road, W. A. Combaull (Secrétaire correspondant), 24, Broad Street, Golden Square, W. J. Kaufmann, 19, St. John Square, Clerkenwell. E. Kleinmann, 21, Upper Charles Street, Northampton Square, Clerkenwell. E. Landrin, 31, Rowland Street, Fitzroy Square, W. J. Passafium, 37, Charlotte Street, Fitzroy Square, W. A. Leduc, 2, Mining Lane, E. C. E. Poutrel, 45, Drummond Crescent, Easton Square. F. Prive, 31, Wells Street, Oxford Street, W. S. Richard (Trésorier), 67, Charlotte Street, Fitzroy Square, W. E. Robin, 218, Bezzel Bridge Road, Finsbury. A. Theiß (Secrétaire correspondant), 35, Charlotte Street, Fitzroy Square, W., in London. Loosung sind zu beziehen durch alle Mitglieder der Commission.

Aufruf!

Da die Eröffnung des Reichstags nahe bevorsteht, so ersuchen wir dringend alle diejenigen, welche Sammellisten zu der Petition an den Reichstag betreffs Abschaffung der Juchhaube- und Gefängnisstrafe von uns empfangen haben, dieselben so schnell wie möglich an Unterzeichneten einzusenden. Da die Agitation, sowie Druck, Porto u. c. Kosten verursacht und wir noch ein Defizit haben, so ersuchen wir, und auch in diesem Punkt zu unterstützen. Etwasige Unterstützungen sende man gefälligst an unseren Kassirer Bernh. Drenl, Kopenstraße 35 H. II. Bericht und Abrechnung erfolgt sofort nach Ablauf unseres Mandats. Berlin, im Januar 1878.

Das Centralcomité.

J. A. Aug. Scharlibbe, Vorsitzender. Kasernen-Allee 54, bei Winnen. NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

An die Schuhmacher Deutschlands.

In der hiesigen Göbe'schen Schuhwaarenfabrik, Firma J. E. Wieselbe u. Söhne steht die Aufsperrung sämtlicher Arbeiter bevor, weil dieselben auf Abschaffung der 14tägigen Kündigung nicht eingehen wollen. Es sind Arbeiter, darunter Familienväter, die 5 und 6 Kinder haben, ohne Kündigung entlassen worden, und dem wollen wir entgegen treten. Der Juch nach hier ist fern zu halten, nicht nur in unserm Interesse, sondern auch im Interesse derjenigen, die hier zureisen wollen, denn selbst Familienväter verdienen oft nur 2-4 Mark wöchentlich, der höchste Lohn aber beträgt 9-10 Mark. Der Werkführer genannter Fabrik, mit Namen Stephan, war zuletzt in Weesdan thätig und wie verlautet, will derselbe Arbeiter von dort nach Grotzsch ziehen. Sollte der Versuch dazu gemacht werden, so lasse sich Keiner dorthin, sondern nehme sich Obiges zur Noth. Herr Göbe hat schon vor ca. 4 Jahren, als er die Maschinenarbeit einführte, fremde Arbeiter dorthin gelockt, diese bereuen ihre Uebersiedelung nach Grotzsch jetzt bitter. Grotzsch l. S., den 15. Januar. Alle arbeiterfreundlichen Blätter, insbesondere aber die Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck des Obigen gebeten.

Gewerkschaftliches.

In Bayreuth ist ein Ausschluß der Schneider erfolgt, weshalb der Juchzug strengstens zurückzuhalten ist. Alle Arbeiterblätter werden dringend um Abdruck gebeten. B. Klerg.

„Rundschau“.

Ende Januar soll die Abrechnung über Nr. 1-6 fertig gestellt werden, und ersucht Unterzeichner daher die Filial-Expeditoren, welche noch nicht über obige Nummern abgerechnet haben, dies so schnell wie möglich thun zu wollen. Der Verlag der „Rundschau“. Amelungstraße 6, Hamburg.

Briefkasten.

der Redaktion. Eucharth in London: E-3 (und jeder Andere mag „aus meinem Privatleben“ veröffentlichen was er Lust hat. Jah. Max Hirsch, auf den er also richtig heruntergekommen ist, ihm der Quart nicht abkauft, will ich selber gern für einen Betrüger sorgf. B. Liebknecht. — Walthen in Grimmitzhan: Ich komme, mit der 3,15 Nachm.-Bzug und fahre mit dem 2 Uhr 14 Courierzug wieder zurück. Grotzsch l. S. — Frn. Albert Müller in Bülshorn: Joren l. S. lichen Brief dürfen wir unsern Lesern nicht vorenthalten, da ist er: „Meine Herren! Ich nehme an, die Frage sei gestellt: Was ist absolutes Nichts? so lautet die Antwort: Geistige Arbeit. Ich nehme an, die Frage sei gestellt: Was ist die absolute Bejahung? so lautet die Antwort: Das Weltall. Wie gefällt Ihnen dies ist meine Frage und ich bitte um Antwort.“ Bülshorn, den 10. Januar. Albert Müller.

Der Abdruck ist gemügend Antwort. Richtig wahr? — Cultung. B. Rhr. Mannheim Ab. 25,00. Hfar Mainz 19,00. Hdrh hier Ab. 1,80. Prbst Ränchen Schr. 3,40. Prag Grimmitzhan Ab. 64,10. W. Goldlanter Ab. 2,80. Arbeiterbib. Berr. Innsbruck 10,20. J. St. Wien Ab. 1,88. Schz hier Ab. 4,00. Bremen Ab. 150,00. Lpz Hannover Ann. 0,80. Schr. 0,55. Al. Verein Halle Ann. 0,60. Ggr hier Ab. 4,50. Schr. 0,90. Genossenschaftlicher Edin Ann. 3,00. Rnt Frankfurt a. M. Ab. 27,3. Achnrte Hof Ab. 17,00. Rblhru Blauen Schr. 7,95. Schln. Blauhan Ab. 84,00. Schr. 15,90. Grmr Halle Ab. 115,75. Schz Hannover Ab. 100,00. Ritzg Altona Ab. 10,00. Schmidt Sigmaringen Schr. 3,50. Mer Edin Schr. 1,10. Wgr Baden-Baden Schr. 3,60. Wgr Esenberg Schr. 3,00. Jahn Elbing Schr. 1,85.

Fonds für Gemäßigtere.

Son W. L. hier, Ueberzuch einer Agitationsfahrt: 1,00; Dr. hier 20,00.

Dresden. Der Arbeiterbildungsverein feiert Sonntag, den 27. Januar, Nachmittags 4 Uhr, sein XVII. Stiftungsfest

bestehend in Festact, Comers und Ball in den Räumen des „Schillerschloßchens“, wozu Freunde und Genossen von nah und fern hermit herzlich eingeladen sind. Eintrittskarten für Mitglieder und deren Gäste sind à 30 Pfg. vorher im Vereinslokale, Palmstraße 20 part., zu entnehmen.

Halle a. S. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Dienstag, den 22. Januar, Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Hrn. Ködiger, gr. Wallstraße: Geschlossene Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vorstandswahl. Abrechnung. (S. 16) Otto Jühardt.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Bertram über die politische Stellung der Sozialdemokratie. Der Vorstand.

Reudnitz. Der Arbeiterverein hält Sonntag, den 10. Februar im Saale der „Drei Röhren“ (Kager) sein I. Stiftungsfest ab. Dasselbe besteht in Concert, Festrede, gehalten vom Parteigenossen J. Kost, und Ball. Nähere Annoncen folgen später in der „Halle“ (S. 2, 10) Der Vorstand.

Stötteritz. Mittwoch, den 23. Januar, Abends 8 1/2 Uhr im „Waldhof zum Löwen“: Volksversammlung. Tagesordnung: 1. Die deutsche Orientpolitik. 2. Das Arbeiterrecht. Referent Herr B. Liebknecht. In recht zahlreichem Besuch laden ein Die Einberufer.

Cöln. Genossenschaftlicher Verein (eingetr. Genossensch.). Sonnabend, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, bei Hrn. Jonas, Streitzeuggasse Nr. 10A: Ordentl. Generalversammlung. Tagesordnung: Wahl des Vorstands und Aufsichtsraths. (S. 67) (2a) (1, 2) Cöln, den 18. Januar 1878. Der Aufsichtsrath.

Für Männer-Chöre.

Im Verlage von Emil Sanerleig in Gotha ist erschienen: Lieder-Sammlung des Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes. II. Lieferung. Inhalt: Nr. 3. Motto, Wohlbruch und Trinkspruch des Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes von G. Scholz. Op. 17. Nr. 4. Lied der neuen Welt von E. Schm. Nr. 5. Die Arbeitermänner von E. Arends. Preis der Lieferung Partitur mit 4 St. 1,60, 4 St. 1,20 Pfg.

Prachtvoll und solid gearbeitete Einbanddecken

(Goldpressung) für die „Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77 sind in Schwarz à Stück M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen bare oder Nachnahme durch die Buchbindererei von G. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteur und Filialexpeditoren erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten des Empfängers. NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effectuirt von der Expedition der „Neuen Welt“, Leipzig, Färberstr. 12.

Wir empfehlen unseren Filialen, Colporteurs und Parteigenossen als Material zum Sammeln von Abonnenten auf

Die Neue Welt statt Prospekte, überzählige Nummern aus den früheren Jahrgängen gratis. Leipzig.

Expedition der „Neuen Welt“ Färberstraße 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftlichen Buchbindererei in Leipzig.